afrika-bulletin

Nummer 164

Nov./Dez. 2016
Fr. 5.–/Euro 5.–

Eritrea – was steckt hinter dem Flüchtlingsstrom?

Editorial

Susy Greuter ist Sozialanthropologin mit langjähriger Afrikaerfahrung und Mitglied des Afrika Komitees. Kontakt: susy.greuter@sunrise.ch.

Das Verhältnis des Westens zu Eritrea war immer schon ambivalent. Die Eritreer und Eritreerinnen kämpften sich selbstständig von einem Gegner frei, der von einer bröckelnden Sowjetunion unterstützt wurde und verhinderten einen letzten Triumph des auslaufenden Kalten Krieges. Doch dann wollten sich diese Habenichtse vom Westen nicht helfen lassen, misstrauisch, dass das einstige Versprechen der Alliierten, nach der Zerschlagung der italienischen Okkupation Eritrea einen eigenen Staat zu gewähren, 1961 zugunsten von Äthiopien gebrochen worden war. Nachdem im Anschluss an den Sieg Eritreas das kommunistische Regime in Äthiopien gestürzt war, und die neuen Machthaber dort sich bereit erklärten, als verlässlicher Verbündeter zu fungieren, befand sich Eritrea politisch endgültig im Off. Während die Tigray sich beraten liessen, regelmässig Wahlen abhielten und ein vorzügliches Investitionsklima bereit stellten, hielt die eritreische Führungsriege an einem Modell fest, das nach Sozialismus und Maoismus riecht: Self-Reliance, Einparteienstaat und Gleichheit, Militärdienst mit Arbeitsbrigaden zum Aufbau des Staates.

Die Erfahrungen mit derartigen Systemen sind nicht durchwegs gut, jede Variante davon ist hundertfach verschrien worden auch von den eigenen Dissidenten, die mehr individuelle Chancen suchen. Die Resultate für die breite Bevölkerung sind hingegen nicht unbedingt enttäuschend. Doch sind individuelle Entwicklung und Verbesserung Verlockungen, denen wenig standhält. So haben sich in Eritrea Dissidenten und die Jungen auf den Weg gemacht ins westliche Paradies, wo die Arbeitsbrigaden des Nationaldiensts als Sklaverei gelten, und die Intransigenz der Führungselite jedes böse Gerücht glaubhaft macht.

Die Beiträge zu diesem Themenheft differenzieren diesen Widerstreit weiter, welcher die Schweiz als grösstes Aufnahmeland für eritreische Migranten in besonderem Masse betrifft. Barbara Müller versucht abzuwägen, wie schief Medienbilder gestellt werden können, und Pablo Loosli wundert sich, dass all seine positiven Erfahrungen medial als Chimären abgetan werden. Hans-Ulrich Stauffer sieht die Schweiz in der Sackgasse, weil ein Ansatz der Neutralität im Falle Eritreas nicht möglich zu sein scheint, während Fana Asefaw die Flucht als Sackgasse sieht, da der Weg in eine Integration sehr problembehaftet ist. Hans Furrer schliesslich zeigt auf, wie spannend es im Jahr des Trade in Services Agreement (TISA) und des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) ist, das Konzept der Self-Reliance als Option für Länder in kritischen Phasen ihrer Entwicklung näher anzusehen. ▪

Wir wünschen eine spannende Lektüre.

Susy Greuter

Impressum

Ausgabe 164 | November / Dezember 2016
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 41. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41) 61 692 51 88 | Fax (+41) 61 269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: Basel 40-17754-3

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in CHF: Migros Bank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Fana Asefaw, Gertrud Baud, Elisa Fuchs, Hans Furrer, Susy Greuter (Red.), Caro van Leeuwen, Pablo Loosli, Barbara Müller (Red.), Pascal Schmid, Hans-Ulrich Stauffer (Red.).

Gestaltungskonzept: TypoHaller

Layout: wernlis grafische gestalter

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 30.–/Euro 30.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 35.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 165: 30. Dezember 2016.
Schwerpunktthema: Aktuelle Brennpunkte.
Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Mobilität, US-Schützlinge in Afrika, Militarismus und Waffenindustrie, Musik, Frauen, Bevölkerungsmobilität.

Interessenten und Interessentinnen an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Independence Avenue in Asmara, Eritrea (Bild: www.beyondtheheadlines.com 2014).

Foreign interests matter

Eritrea im Raster geopolitischer Interessenpolitik

Die Wahrnehmung Eritreas war schon immer geprägt durch die strategischen Interessen der globalen Mächte sowie durch die Bündnispolitik Äthiopiens, des starken Nachbarn, gegen den das Land vor 23 Jahren seine Unabhängigkeit erstritt. Das Afrika-Komitee hat den Befreiungskampf des eritreischen Volkes während vieler Jahre unterstützt und war voller Bewunderung für den Durchhaltewillen der Eritrean People's Liberation Front (EPLF) im scheinbar aussichtslosen Kampf gegen die äthiopische Übermacht. Hans-Ulrich Stauffer hat damals die Front und die befreiten Gebiete besucht und über diese Erfahrung berichtet. Wie anderswo auch, sollte die Problematik einer Befreiungsbewegung an der Macht die Entwicklung der folgenden Jahre prägen, wie Barbara Müller ausführt.

500 Tote bei Protesten in den letzten neun Monaten in Äthiopien – und die Welt schaut weg. Im Gegenteil: bei seinem Besuch in Addis Abeba im Juni 2016 attestierte Barack Obama der äthiopischen Regierung, sie sei «demokratisch gewählt». Dies, obwohl die seit 25 Jahren die Macht innehabende Tigray People's Liberation Front (TPLF) sämtliche Parlamentsvertreter in völliger Abhängigkeit hält, während die eigentlichen Oppositionsbewegungen massiv unterdrückt werden. Äthiopien ist gegen internationale Kritik gefeit, weil es aus westlicher Optik ein Stützpunkt im «Krieg gegen den Terror» darstellt und konkret den Kampf gegen die al-Shabaab-Milizen in Somalia mitträgt. Berichte von Amnesty International und Human Rights Watch belegen, dass die TPLF-Regierung seit Jahren die Menschenrechte auf gröbste Art und Weise verletzt. Ende August sind an einem Wochenende allein hundert Menschen durch die Polizei getötet worden. UN-Menschenrechtskommissar Zeid Ra'ad Al Hussein hat Äthiopien aufgefordert, internationale Beobachter ins Land zu lassen, was dieses jedoch ablehnte.

Was hat das alles mit Eritrea zu tun? Eritrea ist ein kleines Land, das seine Unabhängigkeit von Äthiopien in einem langen bewaffneten Kampf erkämpfen musste. Es hat immer wieder erleben müssen, dass UNO-Resolutionen und Entscheide von internationalen Gerichten, die zu seinen Gunsten ausfielen, missachtet wurden, und es auf sich allein gestellt blieb. So hat Äthiopien 1961 Eritrea widerrechtlich annektiert, ohne dass dies internationale Sanktionen nach sich gezogen hätte. Im Befreiungskampf musste sich das Land auf die eigenen Kräfte verlassen. In Afrika konnte Äthiopien, das mit Addis Abeba den Sitz der Organisation der Afrikanischen Einheit einnahm, seine Position durchsetzen. Die internationale Solidaritätsbewegung hielt sich auch nach dem Sturz des amharischen Königtums zurück, weil Äthiopien damals unter Mengistu eine sozialistische Regierung hatte, die von der Sowjetunion unterstützt wurde. Äthiopische Interessen prägen auch heute noch die Wahrnehmung Eritreas auf internationaler Ebene.

Eine differenzierte Auseinandersetzung tut not

Eritrea hat in Bezug auf die Respektierung der Menschenrechte eine schlechte Presse und es ist unbestritten, dass tatsächlich Defizite bestehen in der Regierungsführung. Was fehlt ist eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Land, den Verhältnissen und Machtstrukturen in der Region. Aufgrund ihrer Geschichte hütet die eritreische Regierung unter Isaias Afewerki die Unabhängigkeit des Landes eifersüchtig, lehnt jegliche Einmischung von Aussen ab und will sich nicht von internationaler Hilfe abhängig machen. Die Tätigkeit von NGOs wird exzessiv kontrolliert, was in der Welt der Entwicklungszusammenarbeit kaum Sympathien einbringt.

Der Befreiungskampf ist ein konstitutives Element des eritreischen Staates. Die Bevölkerung sehnt sich jedoch nach einer zivilen Denkweise (Bild: Ariam Alula 2014).

Anhaltende militaristische Mentalität

Diese Politik des Misstrauens und des isolationistischen Alleingangs ist auch darauf zurück zu führen, dass der Konflikt mit Äthiopien nicht bereinigt ist und Eritrea sich zu Recht weiterhin in seiner Existenz bedroht fühlt. Zwar hat ein internationales Schiedsgericht den Grenzdisput zwischen den beiden Ländern zu Gunsten Eritreas entschieden. Eritrea bleibt jedoch alleine, wenn es darum geht, Äthiopien zu zwingen, diesen Entscheid anzuerkennen. All dies trägt nicht dazu bei, dass sich die militaristische Mentalität der ehemaligen Befreiungsbewegung zu einer zivilen Denkweise wandelt, nach welcher die Zivilgesellschaft lechzt. Dieser Aspekt der Bedrohung wird in den Medien ausgeblendet, wenn von Eritrea die Rede ist.

Dass Eritrea durchaus Leistungen vorzuweisen hat und auf seinem Weg der autonomen Entwicklung etwas erreicht hat, geht in der Schwarz-Weiss-Zeichnung der Medien vollständig unter. Dieser einseitigen Darstellung will diese Ausgabe des Afrika-Bulletins entgegen wirken in der Hoffnung, dass eine offenere Diskussion möglich wird. ▪

Barbara Müller ist langjähriges Mitglied des Afrika-Komitees und Koordinatorin der KEESA.
Kontakt: coordination@apartheid-reparations.ch.

Fakten, Bilder, Vorurteile

Die Schweiz und Eritrea

Mehr als 30000 eritreische Staatsangehörige leben heute in der Schweiz. Sie sind in schweizerischen Städten und Dörfern nicht zu übersehen. Die überwiegende Zahl von ihnen hat in der Schweiz politisches Asyl erhalten, eine kleinere Zahl den fremdenpolizeilichen Status der «vorläufigen Aufnahme», welcher impliziert, dass eine Rückschiebung ins Herkunftsland vorerst nicht möglich ist. In Österreich sind erstaunlicherweise keine Eritreer gelandet. Was mag der Grund dazu sein? Von Hans-Ulrich Stauffer.

Der Zustrom junger Eritreer und Eritreerinnen in die Schweiz setzte nach 2005 ein. Ein Deserteur der eritreischen Armee war in die Schweiz eingereist und hatte Asyl beantragt. Als Fluchtgrund machte er geltend, er habe anlässlich eines Gefechts zwischen der eritreischen und der äthiopischen Armee während des Krieges von 1998–2000 in der Nähe von Tessenei seine Einheit verlassen, sich in den Sudan durchgeschlagen, dort seine Waffe abgegeben und Wohnsitz genommen. Ein Fall von Desertion also. Jahre später brach er nach Europa auf. Im August 2004 ist er illegal in die Schweiz eingereist und hat Asyl beantragt. Erstinstanzlich wurde ihm dieses verweigert, wogegen er Beschwerde erhob.

Mit Urteil vom 20. Dezember 2005 hob die Eidgenössische Asylrekurskommission das erstinstanzliche Urteil auf und entschied, dass der Deserteur Anspruch auf Asyl habe. Die Begründung: Eritrea sei bei der Bestrafung von Dienstverweigerung und Desertion unverhältnismässig streng. Die Bestrafung sei als politisch motiviert einzustufen. Personen, die begründet Furcht hätten, einer solchen Bestrafung ausgesetzt zu werden, seien als Flüchtlinge anzuerkennen.

In Windeseile verbreitete frohe Kunde

Dieses Urteil schrieb Weltgeschichte. Die Kunde, dass alleine schon die Berufung auf Fahnenflucht genügt, um in der Schweiz Asyl zu erhalten, verbreitete sich rasch und flächendeckend. Kein Wunder, setzte in der Folge ein steter Zustrom an Eritreern und Eritreerinnen ein, die sich bis in die Schweiz durchschlugen, hier Asyl beantragten – und meist auch erhielten. Und wer kein Asyl erhielt, dem wurde der Status der «vorläufigen Aufnahme» zuerkannt.

Erst Jahre später wurden die Voraussetzungen für die Gewährung von Asyl modifiziert. Fortan wurde zusätzlich eine politische Gefährdung vorausgesetzt. So stieg die Zugehörigkeit zur staatlich nicht zugelassenen Glaubensgemeinschaft der Pfingstgemeinde zum bevorzugten Zusatzargument auf. 2016 scheint sich die Asylpraxis erneut etwas verschärft zu haben: Eritreer, die nach Eritrea in «Heimaturlaub» gehen, sollen weggewiesen werden.

Bilder der Medien

Wer aus Eritrea ausreist, hat seine Gründe. Medienmässig tönt dies so: «Land ohne Jugend – Sklaverei ist ein starkes Wort, aber wie soll man das hier sonst nennen?»; «Eritrea – das ‹Nordkorea Afrikas›»; «Land des Grauens»; «Zurück ins afrikanische Nordkorea?»; «Paranoia und Pseudospitäler in Eritrea»; «Im Land der Hoffnungslosigkeit». Die Liste der Negativschlagzeilen liesse sich beliebig verlängern. Sie prägen die Vorstellungen von Eritrea. Und das durch sie vermittelte Bild ist alles andere als vorteilhaft.

Die Auswahl an Schlagzeilen ist von Artikeln in folgenden Publikationen übernommen: Stefan Klein, Süddeutsche Zeitung 27.10.2015; Wendekreis 5/2015; Philipp Hedemann, NZZ am Sonntag 2.11.2014; Tagesanzeiger Zürich 3.8.2015 und 26.10.2015; Patrik Wülser, NZZ 21.8.2015.

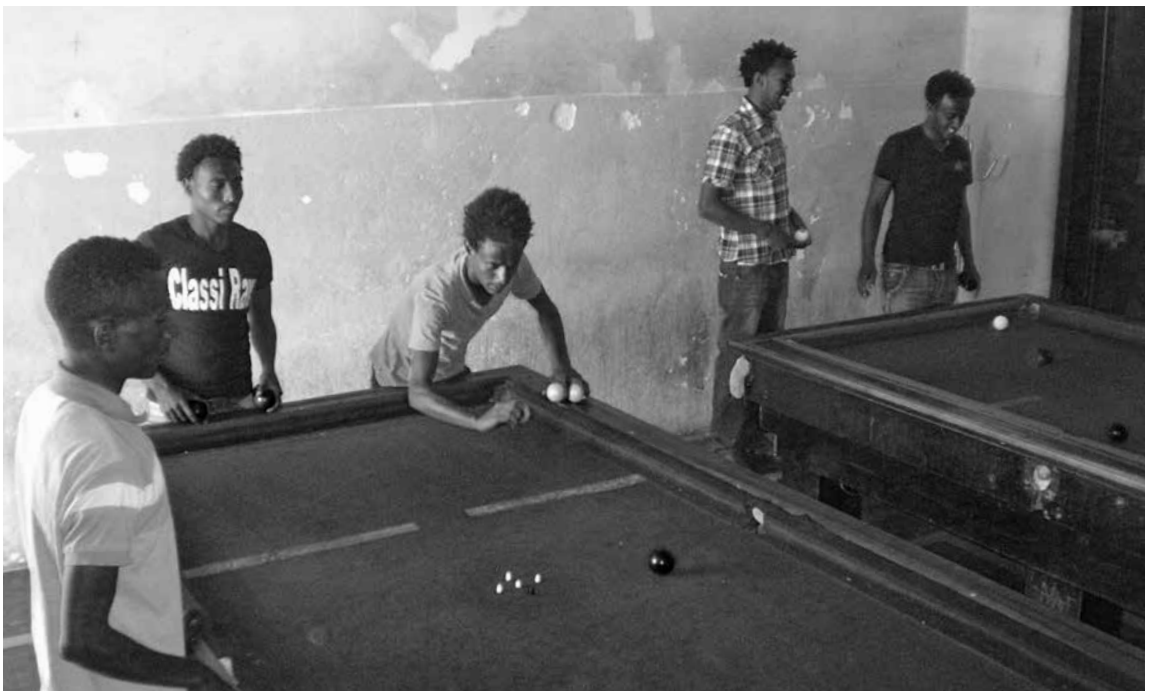
Aber was treibt jemanden um, der in Eritrea war und dann den Staat als «Land ohne Jugend» beschreibt, obwohl tagsüber hunderte und gegen Abend tausende junger Menschen auf der Independence Avenue in Asmara flanieren? Was mag die Motivation eines Journalisten sein, von Pseudospitälern zu schreiben, nur weil er in manchen Räumen Staub auf Arbeitstischen bemerkte? Fünf Wochen nach der Reportage über das «Pseudospital» in Barentu wurden dort – wie ich anlässlich eines Besuchs selber sehen konnte – sogar am Sonntag Kranke und Verunfallte behandelt. Dass Lamellenfester Staub nicht fernhalten, aber für die Durchlüftung wichtig sind, hat der Reporter wohl nicht bemerkt.

Wie soll eine Aussage über den Sklavenstaat ohne Jugend gewertet werden: «Man hat in der Regierung durchaus eine Vision von Entwicklung, man baut Schulen, Strassen, Kliniken, Dämme, Colleges, man baut an der Zukunft und scheitert an der Gegenwart» (Stefan Klein 2015)? Weshalb sollten in einem Land ohne Jugend Schulen und Colleges gebaut werden?

Zur Berichterstattung über Eritrea lassen sich einige Feststellungen machen: Allen voran, dass es Eritrea während längerer Zeit Medienschaffenden nicht leicht machte, über das Land zu berichten. Ausländische Journalisten waren – gelinde gesagt – nicht willkommen. Seit 2015 ist eine gewisse Öffnung festzustellen. Medienschaffende können sich in Asmara frei bewegen – nach Einholen einer Reisegenehmigung auch in weiten Teilen des Landes. Gespräche mit Eritreern und Eritreerinnen sind ohne weiteres möglich. «Hier kann ich mitten in Asmara sitzen und mein Gesprächspartner kritisiert die Regierung und verlangt lediglich, dass ich seinen Namen in der Zeitung nicht erwähne. Ein ‹Klima der Angst›, wie es in Eritrea herrschen soll, fühlt sich anders an» beendet der Journalist Eugen Sorg seine Eritrea-Reportage vom Oktober 2015 in der Weltwoche.

Urteile und Vorurteile

Die schweizerische Regierung tut sich schwer mit Eritrea. Im Aussenministerium herrscht nahezu Funkstille. Das Justizdepartement unter Bundesrätin Sommaruga, das dem Asylwesen vorsteht, hat sich jedoch weit vorgewagt: Eritrea sei ein Unrechtsstaat und eine Diktatur, weshalb keine Flüchtlinge dorthin zurückgeschickt würden. Ganz anders lautet die Einschätzung des Nachbarlandes Äthiopien: «Äthiopien ist ein Stabilitätsanker in der Region», erklärte Frau Sommaruga. Da spielen ein paar Hundert erschossene Oppositionelle keine Rolle. Denn: «Äthiopien ist derzeit der wichtigste Handelspartner in Ostafrika und eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften Afrikas». So die offizielle Verlautbarung.



Eritrea: Wohin rollt die Kugel? Jugendliche in Dekemhare (Bild: Hans-Ulrich Stauffer 2016).

Eritrea macht es staatlichen und privaten Organisationen nicht einfach, im Lande tätig zu sein. 1994 kündigte die Regierung an, dass ausländische Nichtregierungsorganisationen für ihre Arbeit und ihre Finanzen rechenschaftspflichtig werden. Sie müssen fortan ihre Bücher offen legen – eine nicht unverständliche Forderung, stehen doch Entlöhnung und Lebenshaltung von Angestellten der Hilfswerke oft in einem absurden Verhältnis zur Einkommenssituation der einheimischen Bevölkerung, Mitglieder der staatlichen Verwaltung und der Regierung eingeschlossen. Die Kosten für die Administration dürfen maximal zehn Prozent betragen, darunter fallen nicht-projektbezogene Ausgaben wie Saläre, Wagenpark, Unterkunft etc. Zudem darf das eritreische Personal nicht höhere Löhne erhalten, als in vergleichbarer Tätigkeit in der einheimischen Wirtschaft bezahlt werden. Falls in einem Projekt die Zehn-Prozent-Limite überschritten wird, erachtet es die Regierung als nicht notwendig, jemanden in Asmara zu stationieren. Die Konsequenz: Zahlreiche NGOs und staatliche Entwicklungsorganisationen zogen sich aus Eritrea zurück. UN-Organisationen wie auch das IKRK verblieben im Lande.

Und die Schweiz?

Auch die Schweiz stellte jegliche Unterstützung ein. Heute hat sich das Blatt gewendet: Die Europäische Union genehmigte 2015 ein 200-Millionen-Entwicklungspaket für erneuerbare Energien und gute Regierungsführung mit dem die Fluchtursachen bekämpft werden sollen, und europäische Akteure kehren ins Land zurück. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Eritrea sind die am wenigsten entwickelten.

Um sich ein Bild über die Lage zu machen, besuchten Anfang 2016 Susanne Hochuli, Regierungsrätin des Kantons Aargau, die Nationalräte Thomas Aeschi (SVP), Claude Bégle (CVP), Christian Wasserfallen (FDP) und die Nationalrätin Yvonne Feri (SP) das Land. Kaum wurde deren Absicht bekannt, sich vor Ort im Rahmen einer privaten Reise zu informieren, wurden sie als Naivlinge angeprangert, die einer Propagandaaktion aufgesessen seien. Es sei nicht Aufgabe von einzelnen Parlamentariern und anderen Würdenträgern, die Menschenrechtslage in Eritrea zu beurteilen, äusserte sich der Mediensprecher der Schweizer Flüchtlingshilfe. Und dies, bevor die Reisegruppe auch nur in Eritrea angekommen war. «Unfair und frech» konterte denn auch eine Teilnehmerin die Kritik. Geht es um die Durchsetzung der Deutungshoheit? Muss die während Jahren aufgebaute offizielle Schweizer Position um jeden Preis verteidigt werden?

Die offizielle Schweiz liess sich von den nuancierten Betrachtungen der einzelnen Politiker nicht beeindrucken. Eigene Abklärungen hätten ergeben, dass sich in Eritrea nicht viel geändert habe. Zudem sei es nicht möglich gewesen, Gefängnisse zu besuchen. Dass Monate zuvor Vertreter der UN-Menschenrechtskommission Zugang zu Gefangenen hatten, wurde ausgeblendet. Und so bleibt vorderhand alles beim Alten: Keine verstärkten diplomatischen Kontakte, keine Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit. Die Idee, in Eritrea ein Projekt für eine duale Berufsbildung zu starten, stiess auf kein Interesse. So erstaunt es nicht, wenn weiterhin junge Menschen aus Eritrea nach Europa und dabei vor allem in die Schweiz strömen.

Im September dieses Jahres forderten zwei Motionen des Nationalrats den Bundesrat dazu auf, in Eritrea tätig zu werden. Zum einen soll die Schweiz ihre Beziehungen zu Eritrea stärken, zum andern sollen in Verbindung mit einem Rücknahmeabkommen Entwicklungsprojekte aufgegleist werden. Darauf folgte das zu erwartendende bundesrätliche Lamento: Die Lage in Eritrea sei schwierig, das IKRK habe keinen Zugang zu den Gefängnissen. Aber – arbeitet die Schweiz denn nur mit Ländern zusammen, in denen das IKRK Gefängnisse besuchen kann? Die heute verfahrene Situation bedarf neuer Strategien, und es ist zu hoffen, dass Schritte in diese Richtung unternommen werden. ▪

Hans-Ulrich Stauffer besuchte in den Jahren 2014 – 2016 viermal Eritrea und führte rund 100 Gespräche. Seine Eindrücke werden im Frühjahr 2017 als Buch erscheinen. Das Newsportal onlinereports führte ein ausführliches Gespräch mit ihm. Kontakt: baud.stauffer@bluewin.ch. Link: http://tinyurl.com/InterviewStauffer.

Eritrea nach 25 Jahren Unabhängigkeit

Eine persönliche Zeitreise

Im Frühsommer 2016 zur Unabhängigkeitsfeier eingeladen, bereiste Pablo Loosli Eritrea erneut. Vor über dreissig Jahren, in der Zeit des Unabhängigkeitskrieges, hat er dort als IKRK Delegierter die von Dürre und Krieg bedrohte Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgt. Nach der Unabhängigkeit war er im Redaktionsteam für die erste nationale Landkarte, die 1995 fertiggestellt und in Bern gedruckt wurde. In den Jahren 2000 und 2001 initiierte er Feldversuche zur Förderung der Tropfenbewässerung. Seit 2011 ist er Präsident der Aktion Lichtblick, einer Stiftung zur Förderung der Ophthalmologie in Eritrea.

Über einen Zeitraum von dreissig Jahren durfte ich immer wieder Entwicklungsschritte dieses kleinen Landes feststellen. Ein Land, das von unseren Medien nach der Unabhängigkeit geradezu hochgejubelt (NZZ, Winkler 1993), später aber, auch mit dem neusten UNO-Bericht, als Nordkorea Afrikas diffamiert wurde. Auch von der internationalen Gemeinschaft wird Eritrea immer wieder masslos diskreditiert. So werden beispielsweise UN-Sanktionen aufrechterhalten, obwohl es keine Evidenz dafür gibt, dass in Eritrea Shabab-Milizen ausgebildet wurden, wie dies die USA behaupten.

Eine schwere Dividende

Der Angriffskrieg Äthiopiens 1998–2000 und der seither blockierte Friedensprozess haben das Land in seiner Entwicklung massgeblich zurückgeworfen. Die UNO verhält sich bezüglich der Durchsetzung der ausgehandelten Grenze gegenüber Äthiopien passiv.

In den Jahren 2014 und 2015 sind über 15 000 vorab junge Eritreer als Asylsuchende in der Schweiz angekommen. Der ungelöste Grenzkonflikt, von Äthiopien besetzte Gebiete und geostrategische Interessen führen dazu, dass die Entmilitarisierung des auf der militärischen Zermürbung des vormaligen Besetzers beruhenden Staates nur langsam vor sich geht. Als ehemaliger Delegierter des IKRK und als Präsident der Stiftung Aktion Lichtblick will ich hier vorab von den «Lichtblicken» erzählen, die mich in diesem jungen Land beeindruckten, welches ich schon vor seiner Unabhängigkeit – in schwierigster Zeit – kennenlernte.

Der neu erbaute Staudamm von Gergera sichert die Versorgung der schnell wachsenden Hauptstadt Asmara (Bild: Pablo Loosli 2016).

Menschenrechte

Aus eritreischer Sicht sind Menschenrechte auch als kollektive Rechte, wie zum Beispiel das Recht auf eine eigene Nation oder das Recht auf Nahrungsmittelsicherheit zu verstehen. Die Agenda der UNO, die die angebliche Verletzung von individuellen Menschenrechten hochspielt, erscheint so betrachtet einseitig. So werden im neuesten Bericht der UNO die sozialen Grundrechte nicht erwähnt.

Niemand soll hungern müssen

Aussenminister Osman Saleh hat vermutlich gerade diese Errungenschaft im Fokus, wenn er – wie sinngemäss schon Brecht – sagt «Ernährungssicherheit kommt vor der Moral». 1985 war das anders. Die ländliche Bevölkerung überlebte damals dank der grossen Nahrungsmittelhilfe des IKRK. Mehrere hunderttausend Personen erhielten auf monatlicher Basis Überlebensrationen. Tausende von Kindern konnten nur noch mit Spezialernährung aufgepäppelt und so vor dem Hungertod bewahrt werden.

Bildung, Landwirtschaft, Wasserversorgung

In den achtziger Jahren haben Berner Geografen nördlich von Asmara die Forschungsstation Afdeyu aufgebaut. Dort werden täglich präzise Klimadaten aufgezeichnet, seit einigen Jahren teilweise automatisiert. Diese Daten sind eine wichtige Grundlage zur Erarbeitung von Projekten in den Bereichen Wasserversorgung und Erosionsschutz. Die Wasserversorgung der schnell gewachsenen Hauptstadt Asmara ist gesichert.

Der neueste, letztes Jahr fertiggestellte Staudamm ist derjenige von Gergera, 40 Kilometer südlich der Hauptstadt. Er speichert 500 Millionen Kubikmeter Wasser im obersten Einzugsgebiet des Mereb. Nahrungsmittelsicherheit und damit soziale Sicherheit sind für Präsident Isaias Afewerki eine Toppriorität. Bis zu dreimal jährlich können in Zukunft in dieser Region angepflanzt werden.

Landwirtschaftsausbildung in Hamelmalo

Am College von Hamelmalo werden acht verschiedene Ausbildungsgänge für rund 300 Studierende angeboten. Die landwirtschaftliche Entwicklung hat auf der politischen Agenda der eritreischen Führung eine hohe Priorität. In einem heissen und trockenen Land wie Eritrea, mit wenigen aber heftigen Niederschlägen, geht es darum, durch Aufforstung und Stauseen die Landwirtschaft gerade in Zeiten des Klimawandels zu sichern. Dazu braucht es ausgebildete Fachleute.

Solidarität mit den Kriegsversehrten

Die mehreren zehntausend Kriegsversehrten der letzten Kriege und ihre Familien werden von einer parastaatlichen Organisation (Eritrean National Disabled War Veteran Association) unterstützt. Diese Organisation hat unter vielem anderen auch eine Brillenwerkstatt aufgebaut. Aktion Lichtblick beteiligt sich am

Kauf von Linsenrohlingen, früher aus China und jetzt in besserer Qualität aus Indien. In erster Linie sind die Brillen für Kriegsversehrte gedacht. Mit dem Verkauf an die Zivilbevölkerung kann die Organisation eine Marktlücke füllen und dabei Einkommen generieren. Ein guter Nebeneffekt sind die neuen Arbeitsplätze für jungen Optometristen und Optometristinnen, die seit kurzer Zeit am Eritrean Institute for Technology in Adi Nefi ausgebildet werden. Auch die Zusammenarbeit der Kriegsversehrten mit Velafrica (Bern) darf erwähnt werden. Der Vertrieb gebrauchter Velos aus der Schweiz bringt dieser Organisation ein willkommenes Einkommen.

Augenklinik Barentu

Jonas, ein Ophthalmologe und ehemaliger Freiheitskämpfer, und Zacharias operieren gleichzeitig und werden von Alazar assistiert. Das insgesamt zwanzigköpfige Team, Frauen (sie dürfen die Kleinkinder mit zur Arbeit nehmen!) und Männer (einige im Rahmen des Nationaldienstes), arbeitet gut zusammen. Barentu hat sich seit 1985 stark verändert. Wo im Krieg ein einziges Hotel stand, gibt es heute über ein Dutzend; in der Stadt gibt es staatliche, kirchliche und auch private Kindergärten etc. Die Reise von Asmara nach Barentu war vormals in einem Tag nicht zu schaffen – nun lässt sich Barentu bequem in vier Stunden Autofahrt erreichen. Zu den Patienten der Augenklinik gehören auch Häftlinge der örtlichen Gefängnisse. Durchschnittlich 30 Häftlinge werden pro Woche in die Klinik zur Untersuchung gebracht. Das ist kein Beweis, dass es keine Ungereimtheiten gäbe, aber ein Hinweis darauf, dass die medizinische Versorgung funktioniert.

Besuch der Blindenschule

Direktor Tezare erklärt mir bei meinem Besuch seinen Ansatz. Blinde Kinder können in der Abrahta Bahta Schule mit der Brailleschrift innert acht bis zwölf Monaten lesen und schreiben lernen. Danach werden sie zurück in ihre Familien geschickt, um sich mit ihrem Handicap in der Gesellschaft zu integrieren. Die Schule hat zweckmässiges, ganz auf den Tastsinn ausgerichtetes Lehrmaterial. Dreidimensionale Poster, Karten, geometrische Figuren etc. Direktor Tesare erzählt von vielen erfolgreichen Integrationen. Drei blinde Juristen dienen ihrem Land heute als Richter. Ausbildungs- und Finanzministerium kommen für Basisschulmaterial und Lebenskosten der Kinder auf. Braille-Papier ist jedoch teuer und deshalb Mangelware. Auch ein Braille-Drucker wäre dringend nötig, da der einzige Drucker im Land seit geraumer Zeit am Ende seiner Lebensdauer angekommen ist. Aktion Lichtblick hat einen neuen Drucker bestellt. Einer der Leitsätze der Abrahta Bahta Blindenschule: «Vision, not sight, is the providence of hope.»

Ein neues Zivilgesetzbuch

Die Justizministerin erzählt mir nicht ohne Stolz von ihren Gesetzgebungsprojekten. In jahrelanger Arbeit und vielen Diskussionen wurde traditionelles Recht, Kolonialrecht aus äthiopischer und italienischer Zeit gesammelt, gesichtet, bewertet. Seit einem Jahr hat Eritrea ein umfassendes Zivilgesetzbuch. Das war ein grundlegender Schritt. Für die weitere Umsetzung sind Projekte in Vorbereitung. Es braucht mehr ausgebildete Richterinnen, es braucht mehr Rechtsanwälte, Staatsanwälte. Und Recht soll baldmöglichst als Schulfach für alle eingeführt werden.

In der Augenklinik von Barentu assistiert Alazar den beiden Ophthamologen Jonas und Zacharias. Die 1996 von der Aktion Lichtblick eröffnete Augenklinik wurde dem Gesundheitsministerium übergeben (Bild: Pablo Loosli 2016).

Frauenarbeit als nationales Projekt

In allen Regionen entstehen Frauenzentren. Anfang Juni durfte ich das neue Frauenzentrum in Mendefera besuchen. Die Poster in tigrinischer Sprache, die ich im grossen Konferenzsaal vorfinde, sind aufschlussreich: «Wir kämpfen für Gerechtigkeit und Demokratie»; «Wir kämpfen gegen die Beschneidung von Mädchen»; «Wir kämpfen gegen Kinderhochzeiten (Mädchen unter achtzehn Jahren)». Beispiele, die zeigen, dass Eritrea vor allem Unterstützung und Zeit braucht, um diese Themen weiter zu bearbeiten. Jedenfalls Lichtblicke!

Einende Unabhängigkeit

Tausende von Eritreern und Eritreerinnen der Diaspora sind zu den Feierlichkeiten der 25-Jahrfeier nach Hause gekommen. Nicht alle sind glücklich mit der Regierung, aber alle stehen ein für ein unabhängiges Eritrea. Da herrscht meiner Meinung nach breiter Konsens.

Die Diaspora spielt eine wichtige Rolle. Die Gelder, die durch private Haushalte zurückgeschickt werden sind beträchtlich. Ich verstehe die jungen Eritreer, die mit dem Kriegs- respektive Nationaldienst auf unbestimmte Zeit nicht glücklich sind. Das dürfte sich (hoffentlich) bald ändern. Ich verstehe auch, dass sie für ihre Dienstzeit eine bessere Entschädigung möchten. Doch Flucht und Asylantrag sind keine guten Lösungen. Übrigens entwickeln auch junge Eritreer ein politisches Bewusstsein, respektive getrauen sich, sich zu äussern. Heute diskutiert man in Asmara doch häufiger Angelegenheiten, über die man bis vor kurzem lieber nicht reden wollte.

Nach den Ottomanen, den Ägyptern, den Italienern, den Briten, der Annektierung durch Kaiser Haile Selassie und nach den Amerikanern – eine eigene Identität zu haben ist allen wichtig. Menschenrechte sind wichtig. Das Recht auf Unabhängigkeit, für das Eritrea jahrzehntelang gekämpft hat, bleibt es auch. ▪

Pablo Loosli hat als ehemaliger IKRK-Delegierter und Mitarbeiter der Caritas über 30 Jahre enge Beziehungen mit Eritrea gehalten – auch während seiner Tätigkeit als Direktor der Justizvollzuganstalt Solothurn. Kontakt: paul.loosli@quickline.ch.

Da gehen uns viele verloren ...

Ein Gespräch mit Fana Asefaw

Fana Asefaw ist promovierte Kinderpsychiaterin eritreischer Herkunft. Ihre Eltern flohen in den 1980er Jahren vor der äthiopischen Repression der eritreischen Unabhängigkeitsbewegung und fanden in Deutschland Asyl. 2005 kam sie in die Schweiz, um im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst in Zürich zu arbeiten. In der Überzeugung, dass die Perspektiven der Bevölkerung in Eritrea selber verbessert werden müssen, wurde sie bald Mitglied des Schweizerischen Unterstützungskomitees für Eritrea (SUKE). Wie dieses lehnt sie den gegenwärtigen Exodus aus Eritrea in die Schweiz als einen tragischen Irrtum ab, der viele junge Patienten in ihre Sprechstunde bringt und diesen oft sehr teuer zu stehen kommt. Susy Greuter sprach mit Fana Asefaw zwischen zwei Konsultationen.

Die Psychiaterin Fana Asefaw ist Oberärztin bei der Privatklinik Clienia und eine gefragte Vermittlerin im Asylbereich (Bild: Daniel Kellenberger 2014).

Susy Greuter: Frau Asefaw, Sie sind in Deutschland aufgewachsen, sind also selber kein Flüchtling – seit wann befassen Sie sich mit Flüchtlingen hier in der Schweiz?

Fana Asefaw: Damals sind wir vor Krieg und Verfolgung geflüchtet. Heute bin ich freiwillig in der Schweiz, weil ich hier gerne arbeite und lebe. Seit ich bei beim Schweizerischen Unterstützungskomitee für Eritrea (SUKE) bin, also seit 2006, haben wir die Themen Migration und Flucht in unsere Agenda aufgenommen, und ich habe im Sinne von Präventionsarbeit begonnen, Vorträge darüber zu halten, wie traumatisierte Flüchtlinge stabilisiert werden können. Ich befasse mich also einerseits im Rahmen meiner Arbeit als Kinderpsychiaterin und andererseits im SUKE damit, sinnvolle Strategien für die Flüchtlingsarbeit zu entwickeln.

Vor allem baut SUKE in Eritrea Projekte auf, die auch für die Jungen mehr Perspektiven bieten: Man muss die jungen Leute davon abbringen, in Europa ihr Paradies zu sehen, weil es sie viel zu viel kostet. Ich bin noch mit anderen Organisationen wie dem National Coalition Building Insitute NCBI Schweiz vernetzt – dies auch über das Thema Beschneidung, eines meiner Spezialgebiete.

Susy Greuter: Die Beschneidung wurde vielfach als Konfliktpotential im Umgang mit somalischen und eritreischen Flüchtlingen hochgespielt.

Fana Asefaw: Meine Expertise dazu beruht auf meiner Dissertation über dieses Thema. So konnte SUKE das Thema als Präventionsarbeit für die eritreische Diaspora entwickeln und weniger aufgrund schon bestehender Konflikte. Dort wird oft ein einzelnes Vorkommnis zum Regelfall gemacht und medienmässig hochgepeitscht, um dann Zwangsmassnahmen zu ergreifen. Es gibt in der Schweiz Fälle, in denen Zwangsuntersuchungen – also dass Mädchen jedes Jahr durch einen Gynäkologen untersucht werden – gefordert wurden. Das wird oft reisserisch abgehandelt! Das ist nicht zielführend, weil diese Massnahme die Frauen abwertet und rassistisch ist: Auch in der Schweiz gibt es schädliche Einflüsse auf junge Frauen wie z.B. der Schlankheitswahn, der zur Magersucht führen kann. Ich halte jetzt auch Vorträge z.B. im Auftrag von Caritas. Wir mobilisieren Frauen für eine Weiterbildung – dazu habe ich auch ein Sachbuch geschrieben.

Susy Greuter: Jetzt sind wir bei den Frauen gelandet, aber Sie leisten auch einen allgemeinen Beistand?

Fana Asefaw: Im Ambulatorium der Klinik Clienia Krisenintervention Schweiz AG in Winterthur biete ich eine Sprechstunde zu Migration und Trauma an. Da kommen sehr viele Eritreer und Eritreerinnen aus der ganzen deutschsprachigen Schweiz: Ich bin offensichtlich die einzige Psychiaterin, die Tigrinia spricht. Es gibt ganz viele Anfragen: Ganze Familien sind destabilisiert, viele Jugendliche sind völlig überfordert. Viele werden von Flüchtlingsheimen direkt angemeldet: «Hier ist jemand, der dekompensiert, jemand, der herumschreit». Auch von Schulen werden mir Kinder zugewiesen, weil sie aufgrund von Verhaltensstörungen dort nicht mehr tragbar sind. Es ist vor allem ein gesellschaftspolitisches, kein rein psychiatrisches Problem: Viele Patienten hausen unter sehr schlechten Bedingungen, in grossen unterirdisch Hallen mit Kajütenbetten zusammengepfercht. Einige unbegleitete Minderjährige sind mit Erwachsenen untergebracht. Das passiert sogar Mädchen!

Susy Greuter: Hängt das von den Kantonen oder Gemeinden ab?

Fana Asefaw: Das soll offenbar noch zunehmen und hat Abschreckungscharakter, der teilweise gewollt ist. Es wirkt wie eine Strategie: Diese Jugendlichen kommen mit sehr viel Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben, und dann sind sie hier in der Schweiz in der bürokratischen Warteschlange gefangen und verlieren jede Perspektive. Für junge Menschen mit so viel Energie ist das schlimm, sie werden moralisch gebrochen.

Susy Greuter: In Ihrem Interview in der NZZ vom 10. Juni 2015 wurde wiedergegeben, dass Sie die Fluchterlebnisse als Ursache der Traumatisierung vieler Minderjähriger sehen. Es gibt also auch Ursachen hier in der Schweiz?

Fana Asefaw: Die post-migratorischen Stressfaktoren sind bei vielen von mir behandelten unbegleiteten Minderjährigen stärker ausgeprägt. Auf der Flucht ist alles in Bewegung und die Jugendlichen können die Strapazen einordnen: Sie wissen, dass sie hungern und Durst leiden werden. Sie wissen, was sie erwartet. Es gibt keine Diskrepanz, es gilt: «Wir müssen überleben!» Dass sie hingegen hier so viel Stress erwartet, auf das sind sie nicht vorbereitet, und das überwältigt sie dann. Sie denken: «Ich habe das Paradies erreicht, hier sind sie nett zu uns», und all das trifft nicht ein. Sie werden mit Skepsis empfangen und erfahren Ausgrenzung und non-verbale Ablehnung. Oft erhalten sie nur ein vorläufiges Bleiberecht. Dies tut man jetzt und hier den Flüchtlingen an – ausgerechnet den Minderjährigen. Das ist eine Menschenrechtsfrage.

Susy Greuter: Sie meinen, dass Störungen im Wesentlichen hier entwickelt werden?

Fana Asefaw: Leute, die bereits psychische Störungen hatten, schaffen die Flucht gar nicht. Nur jene, die in einem guten psychischen und physischen Zustand sind, bewältigen die Herausforderungen und überwinden alle Hürden. Aber die vorläufige Aufnahme, die vielen gewährt wird (F-Status), heisst für sie: «Es dauert noch viele Jahre, bis ich einen richtigen Status erhalte.» Wenn Sie einen Patienten trauma-therapeutisch behandeln wollen, muss er sich sicher fühlen können. Und viele meiner Patienten sagen: «Aber ich habe keine Sicherheit, ich habe jeden Morgen Angst, dass die Polizei klopft und mich mitnimmt.» Das wirkt sehr traumatisierend und bedeutet ganz viel Stress, ganz viel Schmerz, mit dem sie nicht gerechnet haben. Es gibt viele Suizide – jemand kommt hier an und schmeisst sich unter den Zug. Letzte Woche hat sich ein 18-jähriger Eritreer in einem Durchgangsheim erhängt! Keiner konnte ihn schützen. Das passt nicht zu ihrem Weltbild, aber im Affekt dieser Verlorenheit kommt es dazu. Manche sagen, hätte man ihnen schon auf dem Weg erklärt, wie perspektivlos ihre Situation hier in der Schweiz sein werde, dann hätten sie ihr Geld nicht den Menschenhändlern gegeben, sondern sich auf den Rückweg gemacht und das Geld, das sie gesammelt haben, nach Hause zurück gebracht.

Susy Greuter: Warum wollen sie trotzdem nicht zurückkehren? Haben sie einen Auftrag der Familie zu erfüllen?

Fana Asefaw: Rückkehr bedeutet einen Gesichtsverlust: man hat es nicht geschafft! Ich hab von dem Verdacht gehört, dass sie im Familienauftrag losgehen würden, aber ich habe das noch nie angetroffen. Die Familien wollen dem Kind eine bessere Zukunft geben, bessere Chancen, aber ein Auftrag ist das nicht. Bei den Eritreern ist es eher der Fall, dass Bekannte die Kinder für viel Geld mit ins Ausland nehmen, wenn die Eltern selber die Möglichkeit nicht haben, damit die Kinder in Europa Perspektiven bekommen.

Susy Greuter: Kommen die jetzigen Asylsuchenden mehrheitlich aus den Städten oder vom Land?

Fana Asefaw: Viele kommen aus den Grenzgebieten zum Sudan oder zu Äthiopien – hier ist die Verlockung grösser, die Grenze zu überschreiten. Vielleicht haben sie aus den sozialen Medien gehört, dass die Schweiz ein Land ist, wo sozusagen Milch und Honig fliessen und man schnell die Anerkennung erhält. Das ist auch der Grund, weshalb sie hier her kommen: Sie wollen sicher sein und arbeiten. Ich habe eigentlich nie jemanden kennen gelernt, der gekommen ist, um von der Sozialhilfe und dem Staat zu leben. Sie kennen so etwas wie ein Sozialwesen gar nicht, ausser beim Militär. Dort war für alles gesorgt, immerhin! Aber sie mussten schon mit 16 Jahren unter einem strengen Regime funktionieren: sie waren sicher – doch um nicht in diesen strengen Dienst zu müssen, sind sie geflohen.

Susy Greuter: Ist die Dienstpflicht in Frontnähe strenger?

Fana Asefaw: Das weiss ich nicht, aber viele lebten schon jahrelang unter kriegsähnlichen Bedingungen. Weil ihre Väter in die Armee rekrutiert wurden, waren ihre Mütter überfordert. Sie hatten nicht die nötige Ruhe und Sicherheit, um Bildung zu geniessen.

Susy Greuter: Was bringen die Integrationsmassnahmen, die vom Bund unterstützt werden?

Fana Asefaw: Es kann sein, dass jemand bestens klarkommt mit dieser Unterstützung, weil er bestimmte Voraussetzungen mitbringt: Bildung, Gesundheit und so weiter. Nicht alle sind bildungsfern aufgewachsen, aber mit 16 kann man noch nicht sehr gebildet sein. Wenn man aber fragt, wie die Jugendlichen im Durchschnitt profitieren von diesen Strukturen – es sind ja vor allem Deutschkurse – lässt sich feststellen, dass die wenigsten profitieren. Das sind nicht unbedingt Jugendliche, die in ihrer Heimat theoretisches Lernen erfahren haben, insbesondere nicht die Mädchen. Doch hier wird erwartet, dass sie sofort wie hiesig Jugendliche funktionieren. Sie aber funktionieren eher im Praktischen. Sie wünschen sich, eine Beschäftigung als Mechaniker oder in der Kinderbetreuung, im Krankenhaus oder im Haushalt zu erlangen, und dort die Motivation für das Lernen der Sprache zu bekommen.

Susy Greuter: Gibt es in der Schweiz Zusammenschlüsse von Eritreern?

Fana Asefaw: Die gibt es, mit unterschiedlichsten Grundlagen: Religiöse Netzwerke wie die Zeugen Jehovas und die Pfingstgemeinden. Aber es gibt auch politisch sehr aktive: gegen die Regierung oder für die Regierung. Vielleicht ist es ein Versuch, seine Identität zu bewahren, aber es ist reiner Zeitvertreib. Ich halte gar nichts davon, weil diese Aktivitäten meist zu Lasten der Kinder gehen. Wichtig ist, dass man hier seiner Verantwortung gerecht wird und seine Integration angehen kann.

Susy Greuter: Behindert dies das Konzept von so genannten «Schlüsselpersonen», also länger hier lebenden, integrierten Eritreern, die für eine Brückenfunktion ausgebildet und eingesetzt werden? Gibt es Feindschaften untereinander?

Fana Asefaw: Teilweise schon – aber dies wird in den Medien akzentuiert dargestellt. Das negative Bild von Eritrea wird kultiviert, auch in den Ämtern. Einige die sich im Amt für Migration in Bern als Dolmetscher beworben haben, berichteten mir, sie seien ziemlich am Anfang gefragt worden, ob sie Gegner oder Befürworter des Regimes seien. Es würden eher Gegner des Regimes eingestellt. Dies finde ich nicht sinnvoll. Damit müssen wir aufhören – um der Sache willen müssen die Menschenrechte im Vordergrund stehen.

Susy Greuter: Frau Asefaw, ich danke Ihnen sehr für Ihre Auskünfte! ▪

Susy Greuter ist Sozialanthropologin mit langjähriger Afrikaerfahrung und Mitglied des Afrika Komitees. Kontakt: susy.greuter@sunrise.ch.

Von Korsika nach Eritrea

Die Geschichte der Self-Reliance

Die Idee der Self-Reliance, also der wirtschaftlichen und politischen Eigenständigkeit, wird heute fast nur noch mit der Entwicklung in Eritrea verbunden. Doch diese Idee ist keine eritreische Erfindung, im Gegenteil: ihre Wurzeln reichen weit zurück. Hans Furrer zeichnet die Entwicklung der Idee von der Aufklärung über den Antikolonialismus bis in die jüngste Zeit nach.

Eine der wichtigsten Quellen zur Self-Reliance ist das Werk Jean-Jaques Rousseaus. In seinem ganzen Werk ist Rousseau von selbstversorgenden und selbstbestimmten Individuen ausgegangen. Indem er die ursprünglichen Wurzeln des Menschen und der Gesellschaft idealisierte, entwickelte er drei Elemente, die dieses Individuum und die zu ihm passende Gesellschaft konstituierten:

- der autarke Bauer oder Handwerker, der nur für seine Familie produziert und
- der ohne Geld
- fern vom verderbenden Einfluss der Städte auf dem Land lebte.

Ein visionärer Verfassungsentwurf für Korsika

Als in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Korsika die Unabhängigkeitsbewegung unter Pascal Paoli die Unabhängigkeit von Genua erlangte, schrieb dieser an Rousseau, ob er ihm nicht eine Verfassung ausarbeiten könne. Rousseau sah in Korsika einen der letzten Flecken in Europa, wo die Gesellschaft noch in einem weitgehend natürlichen, agrarisch geprägten Zustand lebe, also unverdorben und noch zu autonomer Gesetzgebung fähig sei. Die Entwicklung müsse autark geschehen und der Aussenhandel auf ein Minimum beschränkt und von der Regierung kontrolliert werden. So legte er dies 1768 in seinem Entwurf zu einer Verfassung fest, der aber nie umgesetzt wurde. Rousseau bleibt aber bis heute interessant für die Idee der Self-Reliance, denn er nimmt viele Gedanken vorweg, welche Mitte des 20. Jahrhunderts von Ökonomen aus der Dritten Welt entwickelt wurden.

Aber schon kurz nach Rousseau betonte der deutsche Philosoph Johann Gottlieb Fichte in seinem 1800 erschienenen Werk «Der geschlossene Handelsstaat» die Wichtigkeit der Abschottung und des Verunmöglichens des Aussenhandels. Der Staat habe von einer Rangordnung der Zwecke auszugehen und zudem zu versuchen, die Importe allmählich durch Landesprodukte zu substituieren. Dazu schlägt er vor, die vorhandenen Ressourcen des Landes neu zu prospektieren und neue Rohstoffe und Verfahren zu entwickeln. Als konkretes Beispiel führt er die Substituierung der Baumwolle durch einheimische Pflanzen- oder Tierfasern an. Produkte, die aus klimatischen oder andern Gründen nicht substituiert werden können, dürften unter der Aussenhandelskontrolle der Regierung weiter eingeführt werden, aber nur soweit, als einheimische Produkte dafür ausgeführt werden. Auch hier sei eine genaue Bedürfnisabklärung und eine «Rangordnung der Zwecke» zu beachten.

Abkopplung vom Weltmarkt zur Förderung der nationalen Entwicklung

Die politischen Werke Fichtes fanden zu seiner Zeit wenig Beachtung. Während die dominierende ökonomische Theorie des 19. Jahrhunderts unter dem Einfluss der englischen Ökonomen den Freihandel favorisierte, hat sich der deutsche Ökonom Friedrich List im Interesse der damaligen Peripherie (USA und Deutschland) den vorherrschenden Theorien entgegengestellt. 1827 begründete er die Notwendigkeit eines zeitweiligen Schutzzolles für die nach Unabhängigkeit strebende amerikanische Industrie. Er entwickelte ein Protektionssystem, das den Übergang Amerikas von einer agrarischen zur industriellen Produktion ermöglichen sollte. Nur durch eine zeitweise und beschränkte Abkopplung vom Weltmarkt sei der Aufbau einer amerikanischen Industrie gegen die diesen Weltmarkt dominierende englische Industrie möglich. In einer Preisschrift für die französische Akademie hat er 1837 sein «Système naturel de l'économie politique» entwickelt. Darin geht er insbesondere auf die Beziehungen zwischen der landwirtschaftlichen und der industriellen Produktion ein. Er zeigt dabei eine industrielle Entwicklung auf, die sich auf den Fortschritt in der Landwirtschaft zu stützen hat.

Lists Theorie geriet in der fortschrittlichen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts bald in Vergessenheit und wurde, wie wir noch sehen werden, erst wieder von jungen Ökonomen aus der Dritten Welt, die an der Sorbonne in Paris studierten, neu entdeckt und aufgenommen.

Self-Reliance als Instrument auf dem Weg zur Unabhängigkeit

Der Gedanke einer unabhängigen Entwicklung der Länder der Dritten Welt erhielt von einer ganz anderen Seite neuen Auftrieb. Im Kampf gegen die englische Kolonialmacht entwickelte Mahatma Gandhi in Indien ein wirtschaftliches Konzept, das viele Gedanken Rousseaus wieder aufnahm und für die Situation des Befreiungskampfes adaptierte.

Für Gandhi bestand die ökonomische Theorie in erster Linie aus einer ethischen Grundhaltung und setzte daher beim Individuum an. Sein Konzept der Self-Reliance basierte auf Selbsthilfe und «Self-Sufficiency», und im Zentrum standen die Bedürfnisse des einzelnen Individuums, sowohl hinsichtlich Konsum wie auch Produktion. Das heisst, es ging ihm nicht einfach darum, die Konsumbedürfnisse der Massen zu befriedigen, sondern ebenso wichtig war es ihm, den Bedürfnissen nach produktiver Tätigkeit nachzukommen.

Gandhi war sich im Klaren darüber, dass eine solche, nicht in erster Linie auf Effizienz ausgerichtete Gesellschaft nur in einem unabhängigen Land errichtet werden konnte. Darum war für ihn «Swaraj» (politische Unabhängigkeit) stets mit «Swadesh» (ausschliesslicher Konsum von einheimischen Produkten) verknüpft. Konkreter Ausdruck dieser Strategie war es, entgegen den englischen Kolonialgesetzen, die indische Baumwolle selbst zu verarbeiten. So wollte er das Spinnrad wieder in jedem Haus einführen und organisierte gleichzeitig einen Boykott ausländischer Stoffe. Kurzfristig

führte diese Strategie in Indien denn auch zum Erfolg und die englische Kolonialmacht musste sich aus Indien zurückziehen. In der Folge gelang es jedoch nicht das Erreichte zu konsolidieren und Indien geriet erneut in wirtschaftliche Abhängigkeit.

Eher anekdotisch war die Dschutsche-Bewegung in Korea, die beispielsweise jede Fabrik, die im Besitze einer Drehbank war, verpflichtete, diese auseinanderzunehmen, Pläne davon zu zeichnen und eine Kopie der Maschine herzustellen. Es wäre zwar einfacher gewesen eine neue Maschine aus der Sowjetunion zu importieren, doch sollte dadurch die Eigenständigkeit Koreas und zudem das Bewusstsein der Arbeiter gestärkt werden.

Rezeption durch die jungen Ökonomen aus der Dritten Welt

All diese Erfahrungen wurden in den Fünfzigerjahren von einigen Ökonomiestudenten aus der Dritten Welt erkannt, die sich an der Sorbonne zu autonomen Seminaren zusammenfanden, in welchen sie die chinesischen, koreanischen, indischen und andere Erfahrungen vor dem Hintergrund von Lists Theorie reflektierten. Aus diesen Seminaren sind vor allem zwei bekannte Ökonomen hervorgegangen, Samir Amin und Khieu Samphan.

In seiner Dissertation griff Khieu Samphan explizit auf die Theorien von Friedrich List zurück und zeigte auf, wie sich sowohl Deutschland als auch die USA durch vorübergehende Abschliessung vom Weltmarkt rasant entwickelten. Interessanterweise verwies er dabei auch auf die Schweiz, die den bedeutendsten wirtschaftlichen und technologischen Schub ihrer Geschichte während der durch die Kontinentalsperre erzwungenen Abkoppelung durchlaufen hat. Noch wichtiger war für ihn aber der Fakt, dass die einzige Periode, in denen in den Ländern der Dritten Welt eine gewisse Industrialisierung vollzogen wurde, die Phase während der beiden Weltkriege war, während der wegen des Krieges kein ausländisches Kapital mehr in die Länder floss.

Dem ägyptischen Wirtschaftswissenschafter Samir Amin ging es in seiner Analyse der Situation in Afrika darum, aufzuzeigen, wie während der Kolonisation – und der Neokolonisation nach Erlangung der Unabhängigkeit – der innere Markt zerstört wurde. Auch für ihn ist wirtschaftlicher Aufschwung nur durch eine autozentrierte Entwicklung und vorübergehende wirtschaftliche Abkoppelung möglich.

Der Gedanke der autozentrierten Entwicklung wurde in den Sechzigerjahren auch durch die Forschergruppe um Dieter Senghaas aufgenommen und in verschiedenen Detailstudien differenziert.

Bedeutung im Kontext der Globalisierung

So verschieden die zitierten Quellen bezüglich ihrer theoretischen und praktischen Hintergründe auch sind, zeigen sie einige Konstanten einer Politik der Self-Reliance auf, die in der heutigen entwicklungspolitischen Debatte vor dem Hintergrund der Globalisierung neu überdacht werden müssten:

- Betonung der Landwirtschaft und des ländlichen Lebensstils
- Ablehnung des «verderbten» Luxuslebens in den Städten
- Bergbau und Handwerk als Zuliefersektoren für landwirtschaftliche Produktion
- Weitgehende, zeitlich beschränkte Abkoppelung vom externen Markt
- Kontrolle des verbleibenden Aussenhandels durch den Staat
- zumindest zeitweise Unbedeutsamkeit des Geldes

Diese Prinzipien standen denn auch hinter den beiden Versuchen in Afrika eine eigenständige Entwicklung anzustreben, der Kujitegemea-Bewegung in Tanzania und dem erfolgreichen Versuch, im eritreischen Unabhängigkeitskampf eine von den beiden Supermächten unabhängige Entwicklung voranzutreiben.

Umsetzung des Gedankens in Afrika

In Tanzania wurde die anfänglich erfolgreiche Bewegung durch den Krieg mit Uganda, die damit zusammenhängende Isolierung innerhalb der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und die zunehmende Abhängigkeit von der Weltbank abgeblockt. Nach Aussagen eines deutschen Soziologen, der seit längerer Zeit in Tanzania arbeitet, hat sich die Lohnschere in Tanzania seit der Intervention der Weltbank um mehr als das zwanzigfache vergrössert, von etwa 1:3 auf 1:70. Der Gedanke der Self-Reliance ist heute quasi vergessen.

Die eritreische Regierung hatte nach dem Sieg im Befreiungskampf die einmalige Möglichkeit, das im Programm der Befreiungsbewegung von 1982 proklamierte Konzept der Self-Reliance umzusetzen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfahrungen, die während des Unabhängigkeitskrieges in den befreiten Gebieten gemacht worden waren, wurden nach der Unabhängigkeit 1993 umgesetzt. Durch eine klar auf die innere Entwicklung ausgerichtete Politik wurde der Aufbau im Gesundheits- und Bildungswesen vorangetrieben und damit beachtliche Erfolge erzielt. So hat Eritrea als einziges Land Afrikas mehrere Milleniumsziele der WHO erreicht. Dank einer auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichteten Landwirtschaftspolitik ist heute die Ernährungslage in Eritrea gesichert. Auch herrscht heute in Eritrea – ganz im Gegensatz zu Äthiopien – trotz der Dürre in den letzten zwei Jahren keine Hungersnot. Der Abbau der gewaltigen Bodenschätze Eritreas wird durch faire Abkommen mit ausländischen Partnern ermöglicht.

Diese Entwicklung wurde jedoch durch den Grenzkrieg mit Äthiopien (1998–2000) um Jahre zurückgeworfen, und da Äthiopien bis heute die vom internationalen Gerichtshof bestimmten Grenzen nicht anerkennt und Eritrea immer wieder angreift (zuletzt im Juni 2016), sind grosse Kräfte der eritreischen Armee an der Grenze gebunden.

Wie sich die wirtschaftliche und soziale Lage seit Anfang dieses Jahrtausends entwickelt hat und wie die Idee der Self-Reliance weiter verfolgt wurde, kann in dem demnächst erscheinenden Buch von Hans-Ulrich Stauffer nachgelesen werden. ▪

Hans Furrer ist seit den 1970er Jahren im Schweizerischen Unterstützungskomitee für Eritrea (SUKE) tätig und setzt sich heute für duale Berufsbildung in Eritrea ein. Kontakt: furrerboll@bluewin.ch.

Afrika in Kürze

Äthiopien

Ende des Honeymoons mit dem Westen?

Es war anfangs August dieses Jahres, als erste Fragezeichen hinter den spärlichen Berichten über Proteste in Äthiopien in den Medien auftauchten: Unruhen plötzlich auch unter den Amharen, die früher die verbündeten Regierungen gestellt hatten? Ende August fand ein Signal an der Olympiade gar in alle Boulevardblätter: Der äthiopische Marathonläufer Feyisa Lilesa (Silber) kreuzte bei der Siegesfeier seine Arme über dem Kopf, um damit seinem Protest gegen die eigene Regierung Ausdruck zu geben. Die Gründe für die bereits seit einem Jahr anhaltenden Proteste der Oromo liegen vielfach in der Landnahme zugunsten internationaler Agrar-Konsortien, so dass sich eher Menschenrechts-Organisationen zu Wort meldeten. Aber nun also auch die Amharen – trotz der viel gelobten Integration aller Ethnien in die Koalitionsregierung und dem so genannten Ethno-Föderalismus in Äthiopien? Den hatten die Berater der internationalen Gemeinschaft der Tygray People's Liberation Front (TPLF) nachdrücklich angedient, als deren bewaffneter Widerstand 1993 die letzte Militärdiktatur stürzte. Plötzlich konnte man nun aber Berichte lesen, dass die Tigray, trotz der ausgewogenen Verfassung ihr Vertrauen und ihre Privilegien immer mehr auf die eigene – minderheitliche – Ethnie ausgerichtet hatten. Noch bevor im September ein Feuer und 23 Tote in einem Gefängnis (in dem protestierende Oromos einsassen) Schlagzeilen machten, kam es im US-Kongress zu einer Anfrage bezüglich gesetzlichen Reaktionen gegen die Verfehlungen des alliierten Musterschülers. Indes gehen die Proteste ungeschmälert weiter. Sie wurden durch nervöse Polizeiübergriffe anlässlich einer religiösen Feier weiter hochgeschaukelt, bei der Dutzende von Pilgern in einer Panik zu Tode getrampelt wurden, und greifen sogar auf Botschaften (London, Brüssel) über. Nun gilt es für den Westen, einen Bürgerkrieg zu verhindern und den einstigen «Befreiern» die Waffen aus den Händen zu ringen. ▪

Zimbabwe

Nera organisiert Demos für Wahlreform

Zimbabwe erlebt seit September die grösste Mobilisierung seit langem. In allen grösseren Städten wurde für eine Reform des Wahlgesetzes demonstriert. Die Demonstrationen verliefen in vielen Städten friedlich, aber nicht in allen. In der Hauptstadt Harare setzten Polizei und Militär Tränengas ein, verprügelten die Demonstrierenden brutal und verhafteten 200 Personen. Ähnliche Szenen spielten sich in weiteren Städten ab. Die Protestierenden lassen sich aber nicht einschüchtern und die Demonstrationen sollen auf alle 210 Wahlbezirke des Landes ausgeweitet werden.

Organisiert werden die Proteste von der Agenda für eine nationale Wahlreform (Nera), in der sich 15 Oppositionsparteien zusammengeschlossen haben. Die Regierung wollte ein Demonstrationsverbot erlassen. Die Nera wehrte sich dagegen vor Gericht und erhielt recht. Der Jurist der Nera und Generalsekretär der Oppositionspartei MDC-T, Douglas Mwonzora, kritisierte das Vorgehen von Polizei und Militär und betonte, das Recht auf Demonstration sei in der Verfassung verankert. Die Nera würde weiter auf die Strasse gehen und für die Reform des Wahlgesetzes kämpfen. Auch die vielen Verhaftungen würden die Nera nicht davon abhalten. Die Gefängnisse Zimbabwes seien klein und böten gar nicht genug Platz für alle Demonstrierenden. Viele hoffen nun, dass die Nera der Beginn einer engen Zusammenarbeit der Opposition ist. Diese ist Voraussetzung, um in den Wahlen 2018 die herrschende Regierung von Zanu-PF unter Robert Mugabe von der Macht verdrängen zu können.

Irreale Budgetdebatte

Im September präsentierte Finanzminister Patrick Chinamasa das Budget. Zur Verblüffung der Opposition behauptete er, Zimbabwes Wirtschaft wachse und präsentierte entsprechende Zahlen. Es ist jedoch offensichtlich, dass das Gegenteil der Fall ist. Die Wirtschaft schrumpft: Exporte gehen zurück, Industrie- und Landwirtschaftsproduktion sinken, Benzinverkauf- und Steuereinnahmen gehen zurück, die Stromausfälle nehmen auch in ehemals davor verschonten Quartieren zu, niemand investiert und die Banken haben kein Geld mehr. Und in dieser Situation soll die Wirtschaft wachsen? Warum erzählt Chinamasa solche Märchen?

In dieses Bild passt, dass der Minister in seiner Rede kein Wort über die «Bond Notes» verlor, obwohl seit Monaten Gerüchte über deren Einführung per Ende Oktober kursieren. Mit den «Bond Notes», die nicht unterlegt und damit nichts wert sind, will die Regierung den Geldmangel beheben. Ob und wie sie diese Massnahme durchsetzen will, bleibt fraglich, denn die ganze Bevölkerung hat sich gegen die «Bond Notes» ausgesprochen.

Die finanzielle Lage der Regierung ist seit längerem sehr angespannt, und wie auch jetzt hiess es oft, die Regierung habe kein Geld mehr, könne die Beamten nicht mehr zahlen und sei am Ende, doch immer fanden sich neue Geldgeber. Welche Sicherheiten sie erhielten, wurde nicht veröffentlicht, aber allgemein wird davon ausgegangen, dass Land- und Minenkonzessionen verpfändet wurden. Welche Deals die Regierung eingegangen ist, wird sich wohl erst in der Ära nach Mugabe zeigen. ▪

Gabun

Wahlausgang leider ohne Überraschung

Es wäre schwierig gewesen, im Vorneherein gegen die erneute Kandidatur des Sohnes von Omar Bongo zu protestieren, hatte er doch erst eine Amtszeit hinter sich. Dass viele Gabuner sich trotzdem einen Wechsel gewünscht hätten, kam erst bei der Verkündung der auch offiziell äusserst knappen Resultate ans Licht: Lediglich 5600 Mehrstimmen sicherten Ali Bongo den Sieg, während der Gegenkandidat – ein früherer Verbündeter und Schwiegersohn von Omar Bongo – sich bald in Schutz bringen musste, weil Militärhelikopter sein Haus beschossen. Auch die internationalen Wahlbeobachter fragten sich *coram publico,* wie eine 98-prozentige Wahlbeteiligung in der Heimatprovinz von Bongo zustande gekommen sein könnte: «Eine Wahlbeteiligung von 99 oder 98 Prozent – das gibt es einfach nicht», kommentierte eine frühere BBC-Journalistin, die als Beobachterin dabei war. Die Bürger hatten schon 2009 heftig gegen die damalige Kandidatur – und den Sieg – von Ali Bongo demonstriert, dessen Vater zuvor 42 Jahre über das rohstoffreiche Land geherrscht hatte.

Nach der Verkündigung der diesjährigen Resultate kam es zu massiven Krawallen. Doch die Polizei hatte keine Bedenken einige Tote zu hinterlassen und über 1200 Protestierende in Gefängnisse zu bringen. Der Rücktritt des Justizministers, der versucht hatte, Bongo zu Verhandlungen zu bewegen, wurde mit einer Morddrohung quittiert. Ob die auch von der Afrikanischen Union geforderte zweite Auszählung zustande kommt, ist unsicher. ▪

Wirtschaft

Auto-Montage in Kenya

In den 1960er Jahren gab es einen ersten Versuch, VWs in Kenya zu montieren – nun soll über Volkswagen-Südafrika in der kleinen Industriestadt Thika die Montage des Modells Polo Vivo bei den Kenya Vehicle Manufacturers (KVM) aufgenommen werden. Die ersten Wagen sollen schon im Dezember ausgeliefert werden. Wieviele Arbeitsplätze in der nordöstlich von Nairobi gelegenen Stadt dadurch entstehen, gab die Quelle nicht bekannt. ▪

Solar-Energie als Ort für Firmengründungen

Nachdem in Tanzania nach einem Jahr der Trockenheit alle Wasserkraftwerke abgeschaltet werden mussten, könnte der Anreiz zu Firmengründungen im Sektor der Solarenergie noch zunehmen. Grossanlagen wie sie Marokko und Algerien bereits erstellten, sind südlich der Sahara noch immer selten. Grund ist sicher der enorme Kapitalbedarf, der afrikanische Banken überfordert, während westliche sich aus Misstrauen zurückzuhalten scheinen. Allmählich aber bildet sich hier Know-How an der Basis: In Tanzania hat ein Unternehmen hunderte von Kiosken für das kostenpflichtige Aufladen der Mobiltelefone in die ländlichen Regionen gebracht, während ein anderer Kleinunternehmer mit zunehmendem Erfolg individuelle Aufladestationen verkauft, die Tisch- und Taschenlampen, Telefone und Laptops sowie Batterien für Radios und TV aufladen. ▪

Signal gegen die Verschwendung von Steuergeldern in Südafrika

Solly Msimanga, der neue Bürgermeister von Tshwane, der für die Democratic Alliance angetreten war, hat als eine seiner ersten Amtshandlungen die Flotte von grosskalibrigen Wagen abgestossen. Sein Vorgänger hatte diese für Politiker und hohe Verwaltungsbeamte – möglicherweise als Geschenke – vorgesehen. Der neue Bürgermeister übergab sie nun der städtischen Polizei-Einheit gegen Raubüberfälle. «Ich werde nicht erlauben, dass Steuergelder für Luxusautos ausgegeben werden, während unsere Bürger um Dienstleistungen und Wohnungen kämpfen müssen.» Er behält zwar den gebrauchten 5er-BMW seines ANC-Vorgängers, will ihn aber durch ein bescheideneres Modell ersetzen, wenn es an der Zeit ist. ▪

Hedge Fonds wegen Korruption belangt

Einer der grössten US-amerikanischen Hedge Fonds wurde von einem Gericht in New York gemäss dem US-amerikanischen Anti-Korruptionsgesetz zu Zahlungen in der Höhe von 412 Millionen USD verpflichtet, um die Anklagen wegen fortgesetzter Bestechung von hohen afrikanischen Beamten beizulegen. Ziel der «pots de vin» waren Lizenzverträge auf Rohstoffminen und die Zulassung von Investitionen. Die Untersuchungen des FBI ergaben «handovers» in der Höhe von Dutzenden von Millionen USD an kongolesische Beamte, um Beteiligungen an Diamant- und Mineralminen erwerben zu können. Korruptionszahlungen an Beamte in Lybien, Tschad, Niger, Guinea und Zimbabwe wurden in der Anklage ebenfalls erläutert. Global Witness bezeichnete die Busse als einen wichtigen Schritt im Kampf gegen korrupte Praktiken von Holdings und verlangte, dass die Individuen im Hintergrund mit Gefängnisstrafen belangt würden. «In Geschäften die Oberhand zu erhalten, indem die Beteiligten ‹geschmiert› werden, ist Korruption in Reinkultur», meinte der FBI-Untersuchungsbeamte gegenüber der Presse. Der Hedge Fonds OCH-Ziff Capital Management ist mit Assets in der Höhe von 39 Milliarden USD einer der grössten weltweit. ▪

Zusammengestellt von Gertrud Baud und Susy Greuter.

Literatur

Buchbesprechungen

Die Heimat riecht nach Guaven

ef. Die zehnjährige Darling lebt in Paradise, einem Blechhüttenviertel von Bulawayo. Mit ihren Freundinnen geht sie Guaven klauen im Reichenquartier Budapest. Die Kinder, verspielt und rotzfrech, amüsieren sich beim Imitieren einer Tanzshow à la Lady Gaga oder spielen – mit einem Backstein als Kamera – den Auftritt einer NGO im Quartier nach. Das Leben ist hart, der Hunger ständig präsent, die elfjährige Chipo wurde von ihrem Grossvater vergewaltigt und ist schwanger. Darlings Vater kehrt an Aids erkrankt von den südafrikanischen Minen zurück. Doch trotz aller Schwierigkeiten schlägt bei den Kindern immer wieder die Lebens- und Abenteuerlust durch. Und mit ungezwungenem, klarsichtigem Humor kommentiert Darling, was sie beobachtet: die merkwürdige Lebensweise der reichen Weissen, die skurrilen Praktiken der Pfingstkirche in Paradise, die Enttäuschung nach den Wahlen und die vergeblichen Hoffnungen auf den politischen Wandel. Es entsteht ein lebensnahes, intensives Bild der Realität der einfachen Bevölkerung in Zimbabwe.

Schliesslich bekommt Darling die Chance zu ihrer Tante Fostalina nach Amerika zu ziehen und dort die High School zu besuchen. Die Erwartungen sind riesig, die Wirklichkeit ist ernüchternd. Es ist kalt hier und leer draussen im Freien, die Leute haben Probleme, die Darling nicht versteht. Mit derselben erfrischenden Unverblümtheit wie über das Leben in Paradise, schreibt sie über die merkwürdigen amerikanischen Lebensgewohnheiten, die Magersucht eines reichen Mädchens, das Betrachten von Pornos mit Freundinnen im Keller. Sie beobachtet, wie die afrikanischen Immigranten sich oft unsicher und übertrieben angepasst verhalten, und viele sich aus Angst, als Illegale entdeckt zu werden, fast unsichtbar machen. Hier gibt es viel Essen, zu viel, aber es macht Darling nicht satt, es ist als ob sie Hunger nach ihrem Land hätte, den nichts zu stillen vermag – Sehnsucht nach dem Duft reifer Guaven.

Ein lebensnaher, intensiver Roman, der mitten hineinführt in das Leben der Menschen in Zimbabwe wie auch in die Problematik der Entfremdung und des Identitätsverlusts in der Emigration. ▪

NoViolet Bulawayo: Wir brauchen neue Namen. Berlin 2016 (Suhrkamp Taschenbuch).

Milieuschilderung aus Nairobi

ef. Dacca House ist ein heruntergekommenes Mietshaus in Nairobi. Ursprünglich hatte es ein Inder für seine erweiterte Familie bauen lassen. Reich geworden, zog die Familie in ein besseres Viertel. Tumbo Kambwa, ein kenianischer Geschäftsmann, hat das Haus gekauft und versucht nun möglichst viel Geld rauszuholen, indem er die Zimmer des zweistöckigen Gebäudes einzeln an Familien vermietet, die einst geräumigen Zimmer mit Verschlägen unterteilt und selbst im Badezimmer noch eine dreiköpfige Familie einquartiert. Abfallsammler hausen hier, Automechaniker, die gestohlene Ersatzteile einbauen, und Kleinkriminelle, dazu jede Menge Kakerlaken und Ratten.

Dusman Gonzaga hingegen hat einen Job als Parkuhrenableser bei der Stadt und findet, er gehöre eigentlich nicht hierher. Die Kakerlaken machen ihn halb verrückt und die verhassten Parkuhren verfolgen ihn bis in seine Träume. Als dann auch noch die Räder seines alten Autos geklaut werden, beschliesst er die Sache in die Hand zu nehmen und einen Mietboykott zu organisieren. Doch die meisten Mitbewohner haben Angst, auch noch diese miese Unterkunft – die aber immer noch besser ist als eine Blechhütte in einem Slum – zu verlieren oder überhaupt mit irgendeiner offiziellen Stelle in Kontakt zu kommen. Sie weigern sich, den Protestbrief zu unterschreiben. Schliesslich stürmt die Polizei Dacca House und nimmt mehrere Bewohner in Gewahrsam wegen einer andern Geschichte. Toto, der kleine Bankangestellte, der sich mit Dusman das Zimmer teilt, war der Strohmann für den grossen Devisenbetrug einer Gruppe aus Europa, die unterdessen schon längst abgereist ist.

Der Roman, der durch einen unerwartet positiven Schluss überrascht, ist eine lesenswerte Schilderung des Milieus der kleinen Leute in der Grossstadt Nairobi. Die Figuren bleiben jedoch recht eindimensional. Ausser ihrem täglichen Überlebenskampf, gelegentlichen Besäufnissen und Schlägereien erfährt man kaum etwas über sie, ihre Geschichte, ihr persönliches Erleben und ihre Träume. Auch der politische Kontext bleibt vage und allgemein. Das englische Original des Buches erschien bereits 1979. Und das fällt einem beim Lesen – bis vielleicht auf das Fehlen der neueren Kommunikationsmittel – kaum auf. ▪

Meja Mwangi: Tanz der Kakerlaken. Wuppertal 2015 (Peter Hammer Verlag).

Überleben in unsicheren Zeiten

cvl. Die somalisch-britische Schriftstellerin Nadifa Mohamed erzählt in ihrem Roman vom Schicksal dreier Frauen in Hargeisa am Vorabend des Bürgerkrieges, aus dem das bis heute nicht anerkannte Somaliland hervorgehen wird. Die Geschichten der drei Frauen berühren sich am Anfang und am Ende des Buches – und sie berühren uns Leser und Leserinnen.

Es ist ein ungleiches Trio: das mutige Strassenmädchen Deqo, das in die Stadt geflüchtet ist; die brutale Soldatin Filsan, die sich doch nur nach der Anerkennung

ihres Vaters sehnt; und die verkrüppelte alte Kawsar, die einsam in ihrem Haus auf den Tod wartet. Ihre Schicksale sind miteinander verknüpft, und gerade als die Stadt im Krieg untergehen scheint, finden sie sich wieder und schliessen ein unsicheres Bündnis um ihr Überleben zu sichern.

Obwohl das Setting des Romans 30 Jahre zurückliegt, kann man sich der Aktualität des Bürgerkrieges und der Flucht nicht entziehen. Somit entstehen Empathie und Mitgefühl trotz verstörender Kriegsbeschreibung und Brutalität. Nadifa Mohamed vermeidet dabei aber Klischees und Pathos, sondern schreibt kraftvoll und sinnlich vom Wunsch in unsicheren Zeiten zu überleben. ▪

Nadifa Mohamed: Der Garten der verlorenen Seelen. München 2013 (C.H. Beck Verlag).

Frauenschicksal zwischen Hoffnung und Trug

cvl. «Was ist wirklich geschehen, damals?». Dieser Frage geht die junge Memory, die wegen Mord im berüchtigten Frauengefängnis einsitzt, nach. Der erste Roman der zimbabwischen Schriftstellerin Petina Gappah befasst sich auf eindringliche und einfühlsame Weise mit der Erinnerung an die traumatischen Ereignisse in Memorys Vergangenheit.

Memory, eine Albina, ist in armen Verhältnissen aufgewachsen. Lloyd, ein wohlhabender Weisser, hat sie irgendwann zu sich geholt, doch warum? Weshalb haben ihre Eltern sie ihm überlassen, ja gar verkauft? In ihrer Jugend dann der Bruch mit ihrem Mentor. Auch hier: Was ist passiert? Und schliesslich, der gewaltsame Tod von Lloyd. Hat Memory ihn ermordet oder sitzt sie unschuldig im Gefängnis?

Genau wie Memory trotz ihrer hellen Hautfarbe keine Weisse ist, ist in der Geschichte zunächst nichts, wie es zu sein scheint. Die Geschichte entfaltet sich aus der Perspektive von Memory. Die Puzzleteile fallen auf ihren Platz und ergeben ein Bild – Memorys Sicht der Geschehnisse. Ihre Geschichte endet mit Hoffnung. Die LeserInnen leiden und hoffen mit ihr, auf dass auch diese Hoffnung nicht nur Trug sei. ▪

Petina Gappah: Die Farben des Nachtfalters. Zürich 2015 (Arche Verlag).

Tourismus in Namibia

red. Gerade aufgrund seiner Kargheit, Weite und Abgeschiedenheit ist Namibia eine touristische Topdestination. Mit seiner Geschichte des Tourismus in Namibia analysiert der Autor die homogenisierende Wirkung von Technik, die touristische Räume infrastruk-turell erschliesst und Sicherheit vermittelt, aber auch zu einer symbolisch-kulturellen Differenzierung führt und spezifische Räume zu einzigartigen Sehenswürdigkeiten macht.

Beginnend mit dem frühen Tourismus der 1920er-Jahre bis hin in die Gegenwart wertet Breitwieser unterschiedliche Quellengattungen aus und belegt eine erstaunliche Beständigkeit im Muster des namibischen Tourismus. Ein erfolgreich funktionierender Tourismus ist immer im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Abenteuer, Natur und Technik, Wildnis und Zivilisation, Moderne und Vergangenheit angesiedelt.

Damals wie heute versuchen die beteiligten Akteure wie etwa Safariunternehmen einerseits, die vermeintlich unberührte Natur als besonderes Merkmal darzustellen, andererseits weisen sie auf technisch gut erschlossene Landschaften hin. Orte, die von Reiseanbietern als besonders wertvoll definiert wurden, vermochten es, historisch nostalgische und romantisch aufgeladene Zuschreibungen mit kontrastierenden Vorstellungen von Abenteuer und Gefahr zu verbinden. Geschaffen wurden Räume, die nicht nur geografisch, sondern auch zeitlich konstruiert sind und bis heute funktionieren. ▪

Lukas Breitwieser: Die Geschichte des Tourismus in Namibia. Basel 2016 (Basler Afrika Bibliographien/Brandes & Apsel).

Afrika-Bild

red. Noch ist Europa der stärkste Wirtschaftsraum der Welt. Doch Afrika boomt. Selbst wenn es nur noch halb so schnell wächst wie in den letzten Jahren, wird es die Wirtschaft Europas bis 2050 überholt haben.

Wie absurd unsere Entwicklungshilfe in Afrika, wie veraltet unser Bild vom Kontinent der Armut und Katastrophen ist, und welche dramatischen Folgen dies für Europa hat, zeigt Hans Stoisser anhand verblüffender Fakten und persönlicher Beobachtungen. ▪

Hans Stoisser: Der schwarze Tiger. München 2015 (Kösel Verlag).

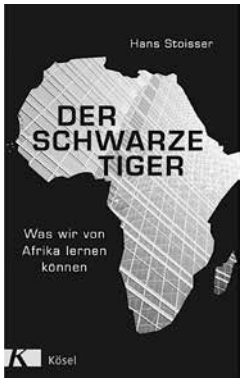


Image Afrique '16 – Festival zeitgenössischer afrikanischer Fotografie

sg. Eigentlich ist es purer Lokalchauvinismus, in diesem internationalen Fotografie-Ereignis eine neue Blüte des Festivals «Afrika in Basel» zu sehen – einmal abgesehen davon, dass der Schöpfer dieses künstlerischen Netzwerkes, Benjamin Füglister, in Basel aufgewachsen ist. Diesem Umstand ist wohl zu verdanken, dass in der vierjährigen Geschichte dieses Kunstbetriebes die Ausstellung der prämierten Fotografen jeweils an prominenter Stelle in Basel gezeigt wurde – dieses Jahr sogar noch bevor sie zur Promotion dieser Künstler auf weltweite Wanderschaft geht. So fand die Prämierungsfeier am 1. September 2016 im spannenden Holzpark am Klybeck Ufer statt, und anschliessend wurde die Ausstellung während gut zwei Wochen in der schlichten Galerie am Heuberg 24 gezeigt. Hier waren neben den neu prämierten Bildstrecken auch jene der Vorjahre zu sehen. Pro Bild existieren jeweils 7+2 Editionen, die zum Verkauf stehen.

Die gezeigten Fotografien machen deutlich, wie wenig die Bilder in den Medien, die Afrikas Gegenwart über Kriege, Flüchtlings- und andere Nöte und über flamboyante Politikertreffen darstellen, afrikanische Menschen meinen. In dieser Ausstellung finden wir sie: eher nicht schollenverbunden, mit der Frage nach der eigenen Identität befasst, in neuen sozialen Konfigurationen festgehalten, oder solche imaginativ verfremdend. Auf den Webseiten des Projekts lassen sich Reminiszenzen des Ereignisses finden, erstehen und die Vorfreude auf die nächste Austragung pflegen. Image Afrique'17 wird Ende Juni zeitnah zur European Conference on African Studies (ECAS 2017) gezeigt, die gegen 2000 Afrika-Wissenschaftler an die Universität Basel führen wird. ▪

Info:
www.editionpopcap.com, www.popcap.cc, www.imageafrique.com

Thom Pierce portraitierte Opfer der südafrikanischen Minenindustrie im Rahmen einer Advocacy-Kampagne, (hier Nosipho Eunice Dala, Witwe von Zwelakhe Dala, der an Silikose erkrankte und verstarb, ohne eine Kompensation erhalten zu haben. Die Kompositionen verleihen den Abgebildeten Würde und stehen in starkem Kontrast zum entwürdigenden Kontext des Rechtsstreits.

«Woher kommst Du?»

Fotoausstellung des Schweizerischen Unterstützungskomitees für die Sahraouis (SUKS) zum Thema der sahraouischen Flüchtlinge.
5.–9. Dezember 2016, Universität Basel, Petersplatz 1, Kollegienhaus, 1. Stock, offen jeweils 7.00 – 20.30 Uhr.